

## **Antworten SPD (06.2017):**

Uwe Beckmeyer:

Sehr geehrter Herr Richter,

vielen Dank für Ihre E-Mail.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Langem für mehr Tierschutz ein und konnte hier Verbesserungen durchsetzen. So haben wir den Tierschutz als Staatsziel in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert, wodurch er Verfassungsrang erhalten hat. Trotzdem werden oftmals die arteiligen Bedürfnisse der Tiere ignoriert. Tiergerechte Haltungsbedingungen sind nicht ausreichend umgesetzt: Ferkel werden die Schwänze ohne Betäubung kupiert, Hühnern werden die Schnäbel gekürzt und trotz praxiserprobter Alternativmethoden werden Tiere betäubungslos kastriert. Bei Tiertransporten sind die Transportbedingungen häufig ungenügend und die Transportzeiten sind zu lang. Der Einsatz von Medikamenten insbesondere von Antibiotika ist die Folge zu hoher Tierdichten. Das ist für uns nicht akzeptabel. Tierschutz hat heute eine Bedeutung, die weit über den eigentlichen Schutz vor Schmerzen der uns anvertrauten Tiere hinausgeht. Insbesondere die Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung bildet eine wichtige Grundlage für unser Ziel einer nachhaltigen, umwelt- und ressourcenschonenden Landwirtschaft. Wir möchten den Erhalt typischer Agrarlandschaften fördern. Das bedeutet auch, dass wir eine an die Fläche angepassten Tierbestand wollen. Mit unseren Forderungen stehen wir Schulter an Schulter mit den Landwirten, die das Wohlergehen ihrer Tiere nicht dem wirtschaftlichen Druck opfern möchten.

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher tierische Produkte aus konventioneller und biologischer Produktion ohne schlechtes Gewissen konsumieren können, unterstützen wir das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes. Darüber hinaus werben wir dafür, dass die Landwirte einen ordentlichen Preis für ihre Produkte erhalten, um tierschutz- und umweltgerecht zu produzieren.

Wir wollen einen Sachkundenachweis für Personen und Betriebe einführen, die landwirtschaftliche Nutztiere oder auch Exoten halten. Gute Ausbildung und Sachkunde kommen unmittelbar den Tieren und somit dem Tierschutz zu Gute.

Zudem sollen die nicht-kurativen Eingriffe an Tieren abgeschafft werden, so dass keinem Tier Körperteile kupiert oder verstümmelt werden dürfen. Denn die Haltungseinrichtungen und das Management müssen sich den Bedürfnissen der Tiere anpassen – nicht umgekehrt. Die SPD setzt sich außerdem für eine flächengebundene Tierhaltung ein, die der Massentierhaltung Grenzen setzt.

Die EU-Agrarpolitik muss in Zukunft und für die Zeit nach 2020 umfassend umgestaltet werden. Ziel der Reform der EU-Agrarpolitik muss sein, dass sie Förderimpulse und Innovationsanreize für mehr Tierschutz setzt. Eine neue Architektur der Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume muss entwickelt werden. Notwendig ist ein einfaches und klares System der echten Entlohnung von Leistungen, vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Bodenfruchtbarkeit sowie des Umwelt- und Tierschutzes. Wir fordern eine grundlegende Umschichtung der Mittel aus der ersten in die zweite Säule der EU-Agrarpolitik. Mit den zusätzlichen Mitteln wollen wir auch Tierschutzmaßnahmen in Deutschland finanzieren.

Auch der internationale Wildtierhandel muss stärker an nachhaltigem Artenschutz sowie am Tierschutz ausgerichtet werden. Unter anderem wollen wir verschärfte Prüfvorschriften für Importe in die EU und nach Deutschland, den Verkauf von Wildtieren auf gewerblichen Börsen verbieten, den Internethandel reglementieren und allgemein die Haltungsbedingungen für Wildtiere verbessern. Die

besonders hohen Ansprüche an die Haltung von Wildtieren gelten nicht nur in Privathand, sondern auch für Zirkustiere. In der Gesellschaft ist die Einsicht gewachsen, dass eine artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkussen nicht möglich ist. Daher wollen wir ein Verbot für das Halten bestimmter wild lebender Tiere im Zirkus. Dieses soll für unter anderem Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner, Großkatzen und Flusspferde gelten.

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik. Der pflegliche Umgang mit Tieren ist für uns eine ethische Verpflichtung. Unser Ziel ist eine artgerechte Tierhaltung, die Schmerz- und Stressrisiken für die Tiere ausschließt.

Zu Ihrer Frage bezüglich des Jagdgesetzes kann ich Ihnen mitteilen, dass wir in einem mehrjährigen wissenschaftlichen Prozess die Grundlagen für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes erarbeitet haben. Diese Gesetzesänderung sollte noch vor der Sommerpause 2016 in den Bundestag eingebracht werden. Die Novelle hat zum Ziel, die Standards in Deutschland zu vereinheitlichen. Unter anderem sind bundesweit einheitliche, anspruchsvollere Vorgaben für die Jägerausbildung und -prüfung geplant, bislang variierten die Prüfungen in den Bundesländern. Die neuen Zulassungsvoraussetzungen umfassen Regelungen zum Stundenumfang der Ausbildung und zur höheren Gewichtung von Unterrichtsinhalten wie Wildschadensvermeidung, Fallenjagd, Wildbrethygiene und Lebensmittelsicherheit. Weiterhin geplant ist ein bundesweit einheitlicher Schießübungsnachweis.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist dazu jedoch nicht bereit. Hintergrund für die Haltung des Ministeriums ist der Widerstand Bayerns, das die in 2016 konsentierten Regelungen zur Jagdausübung in Naturschutz- und NATURA 2000 – Gebieten sowie zur Wahrung einer günstigen Erhaltungssituation nicht mehr mittragen will. Der ausgehandelte Kompromiss stellt für die SPD-Bundestagsfraktion das Minimum an Einigung dar, daher lehnen wir Vorschläge, die inhaltlich weniger Substanz als der Kompromiss von 2016 haben, ab.

Sollte die Novellierung des Bundesjagdgesetzes in dieser Legislaturperiode weiterhin am Widerstand des Koalitionspartners scheitern, werden wir uns nach der Bundestagswahl erneut für eine gute, nachhaltige und solide Änderung des Bundesjagdgesetzes einsetzen.

Mit freundlichem Gruß  
Uwe Beckmeyer

--

Abgeordnetenbüro Uwe Beckmeyer, MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär bei der  
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Deutscher Bundestag  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 71206  
Fax: 030 – 227 76361  
E-Mail: [uwe.beckmeyer@bundestag.de](mailto:uwe.beckmeyer@bundestag.de)

Homepage: [www.uwebeckmeyer.de](http://www.uwebeckmeyer.de)

---

DAGMAR FREITAG:

Sehr geehrter Herr Richter,

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie den Tierschutz thematisieren. Frau Freitag hat Ihr Anliegen aufmerksam zur Kenntnis genommen. Da sie jedoch zahlreiche Anfragen aus ihrem eigenen Wahlkreis erhält und beantwortet, bitten wir Sie um Verständnis darum, dass wir Ihre Nachricht zur weiteren Bearbeitung an den für Ihren Wahlkreis zuständigen Abgeordneten Uwe Beckmeyer weitergeleitet haben.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Johannes Schöttler

Johannes Schöttler  
Mitarbeiter

Büro Dagmar Freitag MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Sportausschusses  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel 030/227 32050  
Fax 030/227 36006

---

LOTHAR BINDING:

Sehr geehrter Herr Richter,

an meiner Meinung zum Tierschutz und dass die Gesetzgebung und das öffentliche Bewusstsein noch viel zu wünschen übrig lassen, hat sich in den vergangenen Jahren nichts geändert. Aber wer sich dem „freien Markt“ oder der „marktgerechten Demokratie“ verschreibt, sieht das natürlich anders.

Erneut ein kleiner persönlicher Hinweis: Massenpost passt nicht zu Empathie, im Gegenteil: Massenpost zerstört sogar Kommunikation und wirkt oft total kontraproduktiv. Auf die Idee Massenpost kommen einfach alle, die zu unvorsichtig mit copy an paste umgehen.

Gleichwohl wünsche ich Ihnen Erfolg... das öffentliche Bewusstsein in Richtung Tierschutz zu schärfen. Das versuche in meinem Umfeld ebenso.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Lothar Binding

.....

Lothar Binding

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

.....

- Abgeordnetenbüro:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: +49- (0)30 - 227 - 73144  
Fax: +49- (0)30 - 227 - 76435  
E-Mail: [lothar.binding@bundestag.de](mailto:lothar.binding@bundestag.de)

- Bürgerbüro:  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg

Tel.: +49- (0)6221 - 182928  
Fax: +49- (0)6221 - 616040  
E-Mail: [lothar.binding.wk@bundestag.de](mailto:lothar.binding.wk@bundestag.de)